

Europa

NPL-Aktionismus

Milliardenschwere Förderprogramme, Kurzarbeitergeld, Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, Verlängerung der Anleihekaufprogramme, sanftere Kapitalunterlegungspflichten, Nutzung von Kapitalpuffern, Aufweichen der Liquiditätsdeckungsquoten, Aussetzung von Zins- und Tilgungsleistungen. Regierungen, Notenbanken und Bankenaufsicht versuchen wirklich sehr viel, um die unvermeidbar negativen Folgen der Corona-Pandemie auf die Real- und Kreditwirtschaft abzumildern oder zumindest hinauszuzögern, denn diese Aufzählung ist nur ein kleiner Ausschnitt aus all den Maßnahmen. Jüngstes Beispiel ist der Mitte Dezember von der Europäischen Kommission vorgelegte neue NPL-Aktionsplan.

Zum Hintergrund: Auslöser der Aktivitäten der EU-Politiker ist die berechtigte Sorge vor einer spürbaren Zunahme der Kreditausfälle infolge der Covid-19-Pandemie. In Deutschland könnten mehr als 21000 Unternehmen in die Insolvenz gehen, noch härter könnte es Portugal, die Niederlande, Spanien oder Italien treffen, wo ein Anstieg der Pleiten von 20 bis 30 Prozent prognostiziert wird. Das könnte auch für die Kreditinstitute zum Problem werden, auch wenn die NPL-Quoten seit der Finanzkrise vor gut zehn Jahren wieder spürbar gesunken sind. In Deutschland beispielsweise lagen sie zum Ende des zweiten Quartals 2020 bei gerade einmal 1,2 Prozent des gesamten Kreditvolumens, europaweit im Schnitt bei 2,8 Prozent. Doch es gibt auch Länder wie Griechenland (30,9 Prozent), Bulgarien (6,7 Prozent), Italien (6,3 Prozent) oder Portugal (5,5 Prozent), die den Schnitt deutlich nach oben ziehen. Die Sorge der Bankenaufseher und Politiker ist nun, dass das zusätzliche Volumen an notleidenden Krediten dazu führt, dass Banken und Sparkassen ihre Kreditvergabe in Zukunft stark einschränken müssen und damit zu einem Verstärker der Krise werden.

Die nun vorgelegte EU-Strategie zum künftigen Umgang mit notleidenden Krediten verfolgt EU-Angaben zufolge vier Hauptziele: Erstens die Weiterentwicklung der Sekundärmärkte für notleidende Vermögenswerte, die es den Banken ermöglichen, NPLs aus ihren Bilanzen zu streichen und gleichzeitig den Schutz der

Schuldner weiter zu stärken. Zweitens eine Reform der Insolvenz- und Inkassogesetzgebung der EU, die dazu beitragen wird, die verschiedenen Insolvenzrahmen in der gesamten EU zusammenzuführen. Drittens die Unterstützung der Gründung und Zusammenarbeit nationaler Vermögensverwaltungsgesellschaften auf EU-Ebene. Und viertens erforderlichenfalls vorsorgliche Maßnahmen zur öffentlichen Unterstützung ergreifen, um die weitere Finanzierung der Realwirtschaft im Rahmen der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken und der Rahmenbedingungen für staatliche Beihilfen sicherzustellen.

Grundsätzlich ist es natürlich richtig, einem möglichen deutlichen Anstieg notleidender Kredite in den Bilanzen der Kreditinstitute in Europa zu begegnen. Einige der nun vorgelegten Maßnahmen können durchaus auch dazu beitragen. Eine Angleichung der Insolvenzregime wäre sogar ein enormer Fortschritt, an dem sich jahrelang selbst noch so erfahrene Verhandler die Zähne ausgebissen haben. Allerdings darf mit den Aktionen die notwendige Marktberichtigung, wie sie auf jede Krise folgt, nicht verhindert werden. Und auch bei der endgültigen Ausgestaltung der „Bad Banks“ muss genauestens darauf geachtet werden, dass eine Vergemeinschaftung von Schulden ebenso verhindert wird wie das unkontrollierte Aufblähen der Kreditvolumina, da Banken ja nun kein echtes Risiko mehr haben. Die Erfahrungen aus den USA mit Fannie Mae und Freddie Mac sollten Warnung genug sein.

Großbanken

Aus allen Wolken

Anfang Dezember 2020 hat die Deutsche Bank bekannt gegeben, dass sie eine langangelegte Partnerschaft mit dem US-Konzern Google eingegangen ist, um die IT-Systeme in die Cloud zu verlagern und auch gemeinsam Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Da wollte die Commerzbank nicht nachstehen und hat wenige Tage später in einem virtuellen Workshop ein Update zu ihrer Big-Data- und Cloud-Strategie gegeben.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung wurde mit Dominik Schmidt-Kiefer der neue Bereichsvorstand für den Bereich Big Data & Advanced



Analytics (BDAA) vorgestellt. Erst im November 2020 wurde bekannt, dass Schmidt-Kiefer, ein Eigengewächs aus dem Bereich Market, Liquidity und Counterparty Risk, auf Dr. Kerem Tomak folgt. Diese Personalie kam zu dieser Zeit doch etwas überraschend – man fiel sozusagen aus allen Wolken. Nicht ganz ohne Stolz wurde Tomak gut ein Jahr zuvor der Presse ebenfalls in einem Workshop vorgestellt und betont, dass dieser seine Meriten unter anderem bei den großen IT-Unternehmen Google und Yahoo verdient hatte. Ein „Techie“ aus dem Silicon Valley sozusagen, der die Gelben in die Neuzeit bringen sollte, zumindest beim Thema Big Data und Cloud.

Ersetzt wurde dieser nun durch einen Nicht-ITler aus den eigenen Reihen. Ohne eine Wertung über die Qualifizierung des Nachfolgers auch nur in Betracht zu ziehen, kann man diese Personalie auch als eine Art Statement sehen. Ist unter dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Jörg Vetter das Thema Digitalisierung nicht mehr ganz oben in der Prioritätenliste, obwohl der Bereichsvorstand Technology Foundation Carsten Bittner bei der Veranstaltung betonte, dass es sich beim Thema Cloud um eine Schlüsseltechnologie handele? Oder lag es in der Personalie selbst begründet? In dem Workshop hätte man zwischen den Zeilen lesen können, dass Tomak ein Problem mit dem Teampay gehabt haben könnte.

Selbstverständlich ging es bei dem Workshop auch und vor allem um die technologischen Fragen. Doch das war viel Kleinklein und Details. Die große strategische Vision fehlte. Ein wichtiger Unterschied zur Deutschen Bank: Während die Blauen exklusiv mit Google kooperieren, fahren die Gelben zweigleisig mit Google und Microsoft. Sich nicht vollständig in die Hände eines Unternehmens zu geben, erscheint schlüssig. Viel spannender war jedoch die implizite Frage der Strategiewandlung des Bankhauses. Denn erst kurz zuvor ist mit Roland Boekhout ebenfalls jemand ausgeschieden, der als Vorreiter des modernen Bankings gilt. Ist da bereits ein Trend der neuen Führung zu erkennen? Bei allem, was in der Commerzbank schief lief, man konnte ihr bislang nicht vorwerfen, dass sie es nicht zumindest versucht hat, den technologischen Wandel zu forcieren. Neben den Themen Big Data und Advanced Analytics ist das Institut bislang auch beispielsweise im Bereich Trade Finance und Blockchain sehr aktiv. Wenn jetzt das Innovationstempo

gebremst würde, wäre das fatal. Nur wer bei der Welle der digitalen Transformation vorne mitschwimmt, dürfte gute Chancen haben, am Ende nicht unterzugehen. Zum 1. Januar 2021 begann jetzt auch die Amtszeit des neuen Vorstandsvorsitzenden Manfred Knof, der bei früheren Stationen die Digitalisierung vorantrieb. Drohen in dieser Frage Reibungspunkte mit Vetter? Es wird spannend sein zu beobachten, wie frei Knof agieren kann.

Banken

Trüber Ausblick

In der Rückschau hätte es schlimmer kommen können. Europäische Banken haben sich als widerstandsfähig erwiesen. Von einer Bankenkrise ist auch dank der Unterstützung durch die Fiskal- und Geldpolitik und die Bankenaufsicht nichts zu sehen, eher das Gegenteil ist der Fall: Banken konnten sich als Teil der Lösung in der Krise präsentieren und Vertrauen zurückgewinnen. „Die europäische Bankenbranche hat den ersten realen Stresstest seit der Risikoreduzierung des Sektors nach der globalen Finanzkrise bestanden“, so die Analysten. Und so wird es auch 2021 weitergehen, zumindest dem Ausblick von Scope Ratings auf die Entwicklung der europäischen Banken zufolge.

Denn diese wird sich laut den Verfassern der Studie, trotz mancherorts geäußerter Untergangsfantasien, auch weiterhin als stabil erweisen. Zwar sieht Scope beispielsweise die Abnahme von Unternehmensinsolvenzen, bedingt durch historisch hohe staatliche Hilfen, regulatorische Lockerungen für Kredite und Stundungen, bei gleichzeitigem stark negativem reellem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Europa als Risiko. Auch die deutsche Bankenaufsicht warnte jüngst vor einer Welle an notleidenden Krediten, die nach Auslaufen der Hilfen und Stundungen auf die Banken und Sparkassen zurollen werde. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber: Aufsichtsbehörden und Staaten sind sich des Problems bewusst und würden gut daran tun, die Banken nicht überrollen zu lassen. Daher rechnet Scope weniger mit einem Tsunami als mit einer lang gezogenen und langsam auslaufenden Welle. Bestehende Hilfsmaßnahmen würden in einem handhabbaren Tempo zurückgebaut, mit dem Banken zurechtkämen, so die Einschätzung.

Bestätigt wurde diese Annahme am 16. Dezember 2020, als die Europäische Kommission einen Aktionsplan zum künftigen Umgang mit Non-performing Loans vorstellte. Darin enthalten sind Pläne für den Aufbau eines europäischen NPL-Sekundärmarktes sowie für eine Unterstützung zur Schaffung von nationalen Asset-Management-Unternehmen, die sich um den Aufkauf und die Betreuung von notleidenden Krediten kümmern sollen. Wie letztere genau aussehen sollen, ist noch nicht genau festgelegt. Scope bezweifelt, dass politisch ein großes Verlangen nach einer europaweiten Risikoverteilung vorhanden ist, wie auch der schon seit längerem schwelende Streit um eine europäische Einlagensicherung zeigt. Die Einschätzung: Potenzielle staatliche „Bad Banks“ würden sich wohl auf NPL im eigenen Land beschränken.

Auch die weitere Konsolidierung wird laut den Rating-Experten zunächst innerhalb staatlicher Grenzen stattfinden, da hier die größten Synergien bestehen würden. Grenzüberschreitend wären diese schwieriger zu erzielen. Mittelfristig werde aber auch darüber verstärkt nachgedacht werden. Nicht zuletzt, weil die Institute auch wegen des von der EZB ausgesprochenen Dividendenstopps und einer damit verbundenen Anhäufung von Kapital sowie niedriger Aktienpreise Wachstum durch Übernahmen anstreben werden.

Mit Blick auf die Ertragslage gehen die Scope-Experten davon aus, dass die Kombination aus niedrigen und flachen Zinskurven und hohen Kapitalanforderungen auch weiterhin die Rentabilität der Banken beeinträchtigen werde. Mit sehr wenigen Ausnahmen können Kreditinstitute ihre Eigenkapitalkosten nicht decken. Hinzu kommen hohe Investitionen in die fortschreitende Digitalisierung sowie ein wachsender Zwang zur Kostenreduzierung. Alles in allem sind das eingetrübte Perspektiven für Banken. Aber vielleicht kommt ja wieder alles ganz anders, so wie im gerade abgelaufenen Jahr.

Finanzstabilität

Auf in eine digitale Zukunft

Viele neue Spieler auf dem Markt. Eine Verschiebung von Wertschöpfungsketten. Neue

Vertriebswege und Produkttypen. Und eine Unmenge von Daten, die es genauestens im Auge zu behalten gilt. Die zunehmende digitale Transformation des Finanzsektors ist nicht nur für die Institute selbst eine enorme Herausforderung. Sondern mit Blick auf die Wahrung der Finanzstabilität stellt all das auch ständig neue Aufgaben an die Aufsichtsbehörden. Aus diesem Grund schließen sich Zentralbanken und Aufseher weltweit in sieben sogenannten „BIZ Innovation Hub“ zusammen. Hier sollen neue Technologien erforscht und ihre Anwendung auf Zentralbank- und Bankaufsichtsfragen getestet werden. Lässt sich beispielsweise künstliche Intelligenz bei der Datenanalyse einsetzen, sodass die Analysten viel mehr Zeit für die inhaltliche Auseinandersetzung der Entwicklungen und ihrer Folgen gewinnen?

Drei solcher Zentren wurden bereits bei der Hongkong Monetary Authority, der Monetary Authority of Singapore und der Schweizerischen Nationalbank eröffnet. Weitere folgen bei der Bank of Canada, der Bank of England, einer Gruppe von vier nordeuropäischen Zentralbanken und im Frühjahr in Frankfurt. Hier eröffnen Deutsche Bundesbank und die Banque de France gemeinsam das Innowerk. Auf rund 1 300 Quadratmetern mit insgesamt 67 Arbeitsplätzen sollen sich führende Köpfe aus beiden Häusern, aber auch von außen aus Kreditinstituten, Fintechs und IT-Spezialisten mit der Digitalisierung im Finanzsystem beschäftigen.

Für den für Bankenaufsicht, Risiko-Controlling und IT zuständigen Bundesbank-Vorstand Joachim Wuermeling wird man sich im Innowerk zunächst mit den Themen „Gestaltung von neuen Zahlungsstrukturen für die digitale Wirtschaft“, „Erkennen von Risiken im Finanzsystem durch künstliche Intelligenz“ und die „Effizientere Gestaltung der Bankenaufsicht durch Automatisierung“ beschäftigen. Bei Letzterem soll beispielsweise erforscht und getestet werden, inwieweit sich die Bundesbank nicht Daten direkt von den Instituten ziehen kann, was den Meldeaufwand natürlich erheblich reduzieren und den Prozess enorm beschleunigen würde. So stünden quasi Echtzeitinformationen zur Verfügung, was die Erkennung von möglichen Gefahren sicherlich einfacher machen würde. Allerdings ist der direkte Zugriff der Aufsicht auf sensible Kundendaten auch nicht ganz ohne. „Wir als Bundesbank haben den Anspruch, Teil eines globalen digitalen Netzwerks zu sein und wollen unseren Beitrag



zur digitalen Community in Frankfurt leisten. Aber wir sind nicht die besseren Geschäftsführer“, so Wuermeling und warnte vor einer Veränderung der Rolle der Bankenaufseher. Er betonte aber auch, wie wichtig es sei, dass es zu einer Abkehr der institutsbezogenen Aufsicht hin zu einer tätigkeitsbezogenen Aufsicht komme. Überlegungen dazu würden langsam und vorsichtig vorangetrieben.

Zentralbanken

Nur mit vereinten Kräften

Da klimabedingte Risiken auch Risiken für Finanzinstitute und damit die Finanzstabilität bedingen können, hat das Thema Klimawandel bei den Notenbanken in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. „Green Finance darf kein Nischenthema bleiben, wenn wir unsere Wirtschaft langfristig wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückbringen wollen“, forderte Mark Carney, Gouverneur der Bank of England, bereits 2016. Der 51-jährige Kanadier hat maßgeblich dazu beigetragen, das Thema Green Finance auf die finanzpolitische Agenda zu bringen. Ein Jahr nach diesem Weckruf Carneys gründeten acht Zentralbanken und Aufsichtsbehörden das Network for Greening the Financial System (NGFS). Das internationale (freiwillige) Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, geeignete Werkzeuge und Methoden zu entwickeln, mit denen sich Klimarisiken im Finanzsystem ermitteln, quantifizieren und mindern lassen.

Drei Jahre danach stellt Bundesbank-Vorstand Sabine Mauderer, die im Lenkungsausschuss des NGFS-Netzwerks sitzt, fest: „Der Klimawandel rückt auf der Agenda der Zentralbanken sichtbar nach oben.“ Das zeigt sich nicht zuletzt an der inzwischen auf 83 angewachsenen Zahl der Mitglieder des NGFS, darunter seit Kurzem auch die Federal Reserve. Spürbar über einen Erfahrungsaustausch hinaus ist das Netzwerk aber noch nicht gekommen. Aus einer Umfrage des NGFS, die zum dritten Geburtstag veröffentlicht wurde („Survey on monetary policy operations and climate change: key lessons for further analyses“), geht hervor, dass die meisten der 26 Teilnehmer zwar klimabezogene Maßnahmen in Erwägung ziehen, diese aber noch nicht in die Praxis umsetzen. „Zentralbanken sind sich der Klimarisiken klar be-

wusst, bei der Umsetzung spezifischer Maßnahmen stehen sie jedoch noch am Anfang“, stellt auch Mauderer fest. Das größte Hindernis ist nach wie vor das Fehlen von konsistenten und vergleichbaren ESG-Daten sowie einer rechtlichen Klarstellung in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Klimazielen und den jeweiligen Primärmandaten. „Zentralbanken diskutieren zurzeit, ob sie einen protektiven oder eher einen proaktiven Ansatz hinsichtlich des Klimawandels verfolgen sollten“, ergänzt Mauderer.

Und auch was die Vorbildfunktion angeht, ist noch Luft nach oben. Zwar haben sich viele Zentralbanken einen grüneren Anstrich gegeben, verzichten beispielsweise auf Plastikbecher und -flaschen oder achten auf die CO₂-Bilanz. Doch schon beim Thema der Eigenanlage zeigt sich die Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit. So planen laut der ebenfalls gerade veröffentlichten NGFS-Umfrage „Progress report on the implementation of sustainable and responsible investment practices in central banks' portfolio management“ zwar rund 88 Prozent der 40 befragten Zentralbanken sogenannte SRI-Praktiken, wobei SRI für Sustainable and Responsive Investment steht, im eigenen Portfoliomanagement anzuwenden. Lediglich 15 Prozent der Befragten veröffentlichen aber eine Klimabilanz der Investments.

Deutlich weiter sind die Notenbanken und Aufseher beim Thema Bankenaufsicht. Hier hat die EZB vor Kurzem in einem Newsletter angekündigt, dass Banken in der Eurozone ab 2021 Risiken aus dem Klimawandel für ihre Geschäfte stärker berücksichtigen müssen. Entsprechende Rohfassungen von Richtlinien seien bereits formuliert worden, heißt es. Und auch wenn das noch nicht allgemein in die Kapitalanforderungen münden wird, so können „in bestimmten Einzelfällen nachfolgende aufsichtliche Schritte nicht ausgeschlossen werden“. Ab 2022 will die Europäische Zentralbank dann eingehend die Vorgehensweise der Banken mit Blick auf Klimarisiken prüfen.

Es geht also in kleinen, wahrscheinlich zu kleinen Schritten voran. Alles in allem können aber weder Zentralbanken noch die Finanzwirtschaft die Untätigkeit von Regierungen oder privaten Akteuren kompensieren. Der Klimawandel ist ein globales Problem, wobei sich Staaten und Regierungen bislang schwertun, sich auf eine Strategie zu einigen und gemeinsam zu handeln. Das muss sich schnell ändern.